

Kammerwahl 2017 – letzter Aufruf

Die Vorbereitungen der Delegiertenwahl 2017 der PTK Bayern sind abgeschlossen und die Wahlunterlagen versandt.

Die Wahlzeit (Briefwahl) ist vom 13. bis 27. März 2017 (Ende 17:00 Uhr).

Bitte beteiligen Sie sich an der Kammerwahl! Eine hohe Wahlbeteiligung unterstützt unsere Interessenvertretung. Weitere Informationen finden Sie auf der Kammerwebsite in der Rubrik „Die Kammer“, Unterrubrik „Wahl der Delegierten 2017“.

Regionale Vernetzung und Präsenz der Psychotherapeut/innen: Treffen „Gesundheitsregionen^{plus}“

Zum zweiten Mal hat die PTK Bayern Anfang Februar die in den Gesundheitsregionen^{plus} mitwirkenden Mitglieder zu einem Austausch nach München eingeladen. In den meisten der aktuell 33 Gesundheitsregionen^{plus} ist die Psychotherapeutenchaft in den relevanten Gremien vertreten, überwiegend auf Vermittlung der Kammer. Präsident Nikolaus Melcop und Vorstandsmitglied Heiner Vogel moderierten das Gespräch, in dem sich schon in der Vorstellungsrunde deutlich zeigte, wie unterschiedlich die einzelnen Gesundheitsregionen aufgestellt sind und arbeiten (können) – v. a. bedingt durch die stark unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten der bayerischen Regionen. Das entspricht der Idee und Chance des vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) initiierten Projektes – bei so viel Diversität innerhalb des Flächenlandes wird ein bayernweit einheitliches Konzept zur Verbesserung der regionalen Gesundheitsversorgung und Prävention als nicht passend angesehen.

Erfreulich ist, dass die jeweils neu gegründeten Gesundheitsregionen^{plus} sich oft schon in ihrer Konstituierungsphase an uns wenden, um eine Beteiligung der Psychotherapeutenchaft in den relevanten Gremien sicherstellen zu können – und damit den Berufsstand als wichtigen Akteur in der regionalen Gesundheitsversorgung offensichtlich fest verankert sehen möchten.

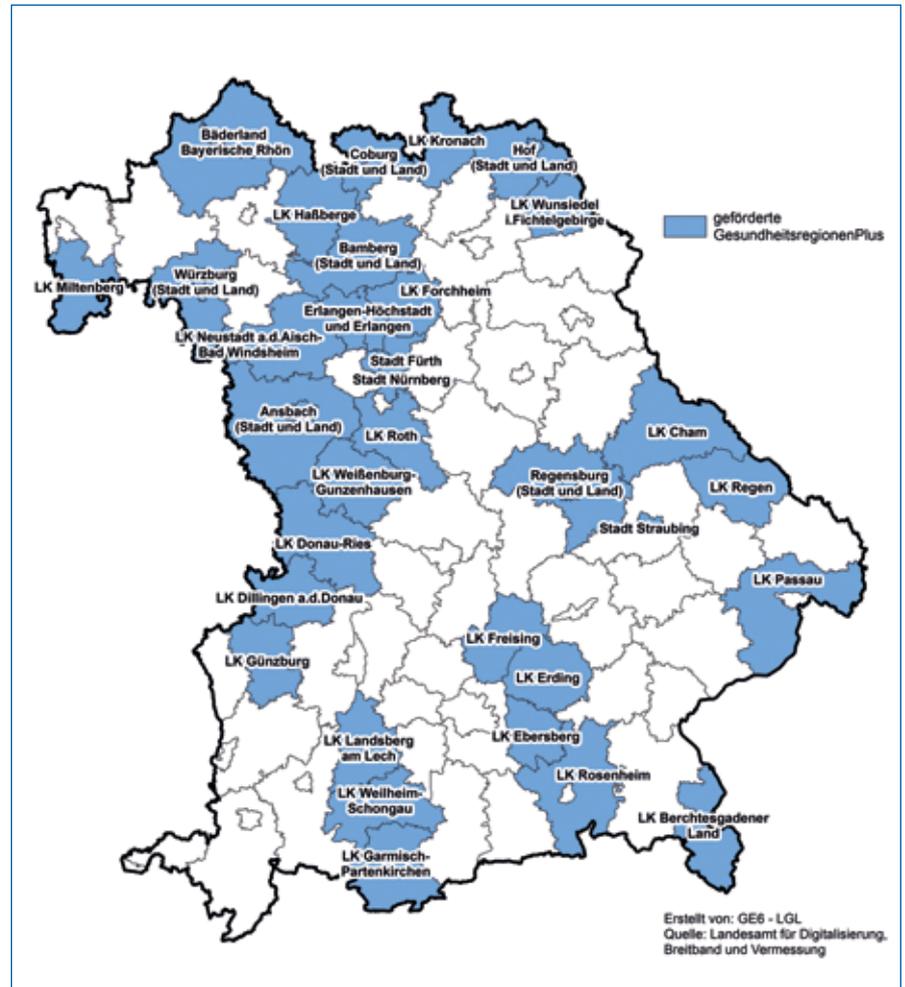
Als Gast eingeladen war diesmal Dr. Dipl.-Psych. Gitte Händel, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregion LK Rosenheim, die einen interessanten Einblick in die organisatorischen Strukturen und Auflagen der Gesundheitsregionen gab. So sei etwa vorgegeben, dass 70 Prozent der Finanzierung des Projektes durch die Fördermittel des StMGP (50.000,- € pro Jahr und Gesundheitsregion über eine Projektlaufzeit von maximal fünf Jahren) gedeckt und der – nach oben hin „offene“ – Rest der Kosten vom jeweiligen Landkreis bezahlt werden sollen. Eine Auflage sei auch, dass sich 80 Prozent der

Aktivitäten auf die beiden Hauptthemen Versorgung und Prävention richten sollen, während 20 Prozent frei und je nach Region unterschiedlich ausgestaltbar seien – wie etwa das Thema Gesundheitstourismus in bestimmten bayerischen Regionen.

Im Anschluss war Raum für Erfahrungsaustausch, Anliegen und Fragen der Teilnehmenden. Dabei wurden auch Möglichkeiten eruiert, wie die Kammer die Mitwirkenden bei ihrer Arbeit vor Ort unterstützen könnte. Deutlich wurde, dass die unzureichende psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung in den meisten Regionen ein wichtiges Thema ist. Oft konnte ein Austausch darüber mit den ärztlichen Kolleg/innen und anderen Gesundheitsversorgern in den regionalen Gesundheitsforen gesucht werden. Einige Regionen haben sich die bessere Vernetzung und die Erstellung von regionalen psychosozialen „Info-Broschüren“ als eine Teilaufgabe vorgenommen. In der Diskussion wurde deutlich, dass insbesondere mit

Einführung der psychotherapeutischen Sprechstunde der Bedarf an Information über regionale Beratungs- und Versorgungsangebote auch bei unseren Kolleg/innen erheblich steigen wird. Häufig geht es in den Regionen auch einerseits zunächst um Informationserhebung über die Unterstützungsangebote der verschiedenen Institutionen in der Gesundheitsförderung und andererseits um systematische Informationsangebote, beispielsweise ausgerichtet auf bestimmte Einrichtungen wie Schulen oder Kindergärten.

Die Kammer wird die Initiativen der Kolleg/innen vor Ort weiterhin unterstützen, etwa mit Materialien, regionalisierten Versorgungsdaten, Referent/innenvorschlägen und durch die Fortsetzung des überregionalen Austauschs.



Psychotherapeutische Angebote für junge Menschen mit psychischen Störungen und Radikalisierungstendenzen?

Das im September 2015 gegründete Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes (BLKA) stellte sich bei einem Treffen am 18. Januar 2017 in der PTK Bayern vor. Da Radikalisierung oft auch ein Ausdruck bestehender psychischer Schwierigkeiten bzw. psychischer Störungen sein kann, bat das BLKA um Hilfe bei der Suche nach Psychotherapeut/innen, die sogenannte „sicherheitsrelevante“ Personen behandeln könnten – bei diesem Personenkreis handele es sich nicht um Straftäter/innen, sondern um Menschen, die behandlungsbedürftige psychische Störungen hätten und

sich gleichzeitig auf dem Weg in die Radikalisierung befänden, z. B. aktiv Solidarität mit dem Salafismus zeigten. Vor allem seien dies eher junge Menschen, davon mehr Mädchen als Jungen. Der Leiter des Kompetenzzentrums, Kriminaloberrat Holger Schmidt, berichtete, dass es u. a. aufgrund langer Wartezeiten vor allem in ländlichen Regionen sowie aufgrund von Vorbehalten vonseiten der Psychotherapeut/innen, z. B. im Hinblick auf die eigene Sicherheit in der Praxis, sehr schwierig sei, Psychotherapieplätze zu finden. Das BLKA kooperiere bereits u. a. mit Jugendhilfeeinrichtungen, Psychiatrien und Tageskliniken.

Psychotherapeut/innen können sich im Hinblick auf Radikalisierungsprozesse von Patient/innen durch das Kompetenzzentrum informieren und beraten lassen unter der Hotline-Nummer: Tel. 089/12 12 19 99.

Die PTK bot an, dass sich das BLKA seinerseits bei Bedarf mit Einzelfallanfragen an die PTK Bayern wenden könne – Vorstand und Geschäftsstelle werden dann die Vermittlung eines Psychotherapieplatzes mit unterstützen.

Keine Diskriminierung von psychisch kranken Menschen in der PKV

Am 2. Dezember 2017 trafen sich Kammerpräsident Nikolaus Melcop, Vizepräsident Bruno Waldvogel und Geschäftsführer Alexander Hillers mit Vertreter/innen des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen (PKV) in Bayern zu einem Gespräch. Der stellvertretende Vorsitzende der PKV Dr. Harald Benzing zeigte sich gleich zu Beginn besorgt, dass die „Einheitsversicherung“ nach der kommenden Bundestagswahl eingeführt werden könnte. Die Vertreter der PTK Bayern machten erneut deutlich, dass beim Abschluss einer privaten Versicherung psychisch kranke Menschen nicht diskriminiert bzw. ausgeschlossen werden dürften. Eine Risikobewertung zu Beginn einer Versicherung müsse transparenter gestaltet werden. Weiterhin müsse die

Reform der Gebührenordnung (GOP) dringend abgeschlossen werden, da die Gebührenhöhe deutlich zu niedrig sei und die Gestaltung der abrechenbaren Positionen dringend überarbeitet werden müsste.

Vonseiten der PKV wurde daraufhin erläutert, dass Vorerkrankungshinweise für die vorgängigen fünf Jahre berücksichtigt würden. Eine Reformierung der GOP werde unterstützt.

Zum Thema Online-Therapien erläuterte die PTK Bayern das Ziel der BPTK, Kriterien und eine Checkliste für den Einsatz internetbasierter Angebote zu entwickeln. Die PKV-Vertreter zeigten hier großes Interesse. Zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte

äußerte sich die PKV kritisch. Man arbeite an einem eigenen System mit gleichen Funktionalitäten.

Weiterhin wurde die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen besprochen. Die PKV habe hier Probleme mit einer „ausufernden Zahl von Privatkliniken“, welche Tagessätze von ca. 600,00 € verrechneten bei einer durchschnittlichen Verweildauer von drei Wochen; dies auch im Hinblick darauf, dass sich besonders dort schwer kontrollierbare Abgrenzungen zwischen Krankheitsbehandlung, Kur und Reha ergäben. Die Vertreter der PTK Bayern informierten darüber, dass Psychotherapeut/innen zukünftig auch die Befugnis zur Einweisung in eine Klinik haben werden.

Reform der Ausbildung – Kontakt mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Am 10. Januar 2017 trafen sich Kammerpräsident Nikolaus Melcop und Vizepräsident Peter Lehndorfer mit Vertretern des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, um den aktuellen Stand der Ausbildungsreform zu erörtern. Das Gesundheitsministerium ist im Auftrag der Gesundheitsministerkonferenz neben Bremen und Hamburg Mitglied des vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) initiierten „Begleit-

gremiums“ zur Reform. Dem Gremium gehören zudem drei Vertreter/innen der Kultusministerkonferenz an.

Die Vertreter des Ministeriums zeigten sich in dem Gespräch sehr offen für die Vorstellungen des Berufsstands und die mitgeteilten Bedenken bezüglich des vorliegenden Eckpunktepapiers des BMG. Nikolaus Melcop und Peter Lehndorfer machten insbesondere auf

die unverzichtbare wissenschaftliche Fundierung und die Notwendigkeit eines ausreichenden Praxisbezugs aufmerksam.

Besprochen wurden zudem die Weiterbildung als eigenständiger Teil der neuen Struktur nach der Approbation und die diesbezüglichen Finanzierungs- und Organisationsfragen.

ver.di-Gewerkschaftssekretärin zu Gast in der Kammer: facharztäquivalente Eingruppierung als Herausforderung

Zur letzten Sitzung im Jahr 2016 am 5. Dezember hatte die Kommission Psychotherapie in Institutionen die für Tariffragen in Bayern zuständige Sekretärin des ver.di-Bezirks München, Kathrin Weidenfelder, eingeladen. Weitere Gäste waren der Justiziar der Kammer, Thomas Schmidt, und Willi Drach, langjähriger Betriebsratsvorsitzender des kbo-Kinderzentrums München und Mitglied der Bundesfachkommission PP/KJP bei

ver.di in Berlin. Nachdem zunächst die grundsätzlichen Unterschiede unseres Berufes zu den anderen Heilberufen besprochen worden waren, legte Weidenfelder dar, welche Herausforderungen es für ver.di gebe, wenn in kleineren Haus- oder Konzerntarifverträgen eine neue Berufsgruppe eingefügt werden soll. Häufig fehlen für ver.di bei den Tarifverhandlungen vor Ort leider die Ansprechpartner/innen aus der Berufs-

gruppe, die sich dafür einsetzen, dass entsprechende Weiterentwicklungen der Tarifverträge verhandelt werden. Auch die Betriebsräte seien dann vielfach nicht in der Lage, die speziellen Forderungen unserer Berufsgruppen zu vertreten. Insofern wurde deutlich, wie wichtig ein betriebliches Engagement der Kolleg/innen vor Ort ist, wenn sie eine facharztäquivalente tarifliche Eingruppierung erreichen wollen – zu-

mindest immer dann, wenn ihr Arbeitsvertrag nicht auf großen bundeseinheitlichen Tarifverträgen basiert. Heiner Vogel und Birgit Gorgas versicherten für den Kammervorstand, dass diese

Themen in den Gesprächen mit den leitenden Psychotherapeut/innen der Kliniken vertieft und die Kolleg/innen in den Einrichtungen entsprechend unterstützt werden, aber dass flankierend

natürlich auch mit ver.di weiterhin ein enger Austausch gepflegt werden wird, um dem gemeinsamen Ziel einer facharztäquivalenten Eingruppierung in allen Tarifverträgen näher zu kommen.

Treffen mit den Sprechern der Direktorenkonferenz psychiatrischer Krankenhäuser

Am 9. Februar 2017 fand in der Kammerngeschäftsstelle das jährliche Treffen mit den Sprechern der ärztlichen Direktoren der Psychiatrischen Kliniken, Prof. Dr. Peter Brieger (kbo-Isar-Amper-Klinikum) und PD Dr. Albert Putzhammer (Bezirksklinik Kaufbeuren), statt. Der regelmäßige Erfahrungsaustausch soll dazu beitragen, die unterschiedlichen Erwartungen an die psychotherapeutische Arbeit im psychiatrischen Kontext und auch die Situation der Psychologischen Psychotherapeut/innen (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/innen (KJP) zu erörtern und Entwicklungspotenziale, die im gemeinsamen Interesse liegen, abzuklären. Präsident Nikolaus Melcop erläuterte zu Beginn den Stand der Reform des Psychotherapeutengesetzes und die Überlegungen zur Konzeption einer zukünftigen Weiterbildung. Für diese wird von den Kammern auch eine Weiterbildungszeit in stationären Einrichtungen als unverzichtbar angesehen. Gemeinsam wurden die dafür notwendigen struktu-

rellen Änderungen und Finanzierungsmöglichkeiten erläutert.

Vorstandsmitglied Heiner Vogel berichtete über die Veränderungen beim TVöD, die gerade für die Psychologischen Psychotherapeut/innen in bayerischen Bezirkskrankenhäusern häufig keine wirklichen Verbesserungen bringen, weil sie bereits im Rahmen interner Regelungen ähnliche Vergütungen erhalten haben. Spannend wird die Frage, ob die Bezirkskliniken nunmehr, nach In-Kraft-Treten der TVöD-Änderungen, bereit sind, den Kolleg/innen, die z. B. Leitungsfunktionen übernehmen oder auf die andere Herausstellungsmerkmale zutreffen, entsprechende Zulagen zu zahlen, die einer Vergütung nach EG 15 ähneln. In diesem Zusammenhang wurde auch besprochen, dass es in den Kliniken derzeit sehr unterschiedlich ist, ob und in welcher Form für PP/KJP überhaupt Leitungsfunktionen vorgesehen sind. Konsens war, dass die entsprechenden beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Kolleg/innen

häufig darüber entscheiden, ob qualifizierte Mitarbeiter/innen in den Kliniken bleiben oder sich nach einer Niederlassung umschauen.

Ein weiteres Thema war die Arbeits- und Vergütungssituation von psychotherapeutischen Ausbildungsteilnehmer/innen. Immer mehr Kliniken sind bemüht, zumindest eine teilweise Bezahlung der Stellen für die jungen Kolleg/innen zu ermöglichen. Gerade die damit gewonnene Möglichkeit, Behandlungsleistungen nach OPS zu kodieren und damit abrechnungsrelevant zu machen, dürfte für die Kliniken interessant sein und könnte dann auch dazu führen, dass die Tätigkeit der Ausbildungsteilnehmer/innen sich für die Kliniken „rechnet“. Zuletzt wurde über das geplante Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz gesprochen. Es wurde vereinbart, hierzu im Austausch zu bleiben und ggf. gegen denkbare problematische Regelungen abgestimmt aktiv zu werden.

Psychotherapie mit (ehemaligen) Straftäter/innen – Perspektiven in Bayern

Eine Umfrage der PTK Bayern aus dem Jahr 2016 ergab, dass v. a. in vier Bereichen Maßnahmen notwendig wären, um die ambulante psychotherapeutische Versorgung von ehemaligen Straftäter/innen zu verbessern: organisierte Vermittlung während/nach der Haft zu einer Psychotherapie, verbesserter Informationsfluss zwischen Psychotherapeut/innen und Justizbehörden/Bewährungshilfe, Klärung finanzieller Fragen im Kontext einer Psychotherapie sowie Fortbildungen zu forensisch-psychotherapeutischen Fragestellungen. Basierend auf diesen Ergebnissen lud die PTK Bayern zu einem Exper-

tenkreis ein: Die Vorstandsmitglieder Heiner Vogel und Benedikt Waldherr diskutierten mit Claudia Schwarze (Einrichtungsleiterin, Psychotherapeutische Fachambulanz Nürnberg), Dr. Christian Hartl (Forensische Klinik im Bezirkskrankenhaus Regensburg) und Rainer Kirchmann (Initiator des Projektes „Man/n sprich/t – Kinder schützen vor sexueller Gewalt“) über zukünftige Versorgungsmodelle und Verbesserungsansätze. Die Teilnehmer/innen gelangten zu der Einschätzung, dass eine Verbesserung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von ehemaligen Straftäter/innen (v. a. in den ländlichen Regio-

nen) nur bei enger Verzahnung mit den Fachambulanzen und einer stärkeren Anbindung an niedergelassene Psychotherapeut/innen für Einzel- und Gruppenpsychotherapie möglich sei. Die PTK Bayern wird weitere Gespräche mit dem Justizministerium zu Verbesserungsmöglichkeiten in diesem Bereich anstreben und eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Psychotherapie mit ehemaligen Straftäter/innen“ für das Jahr 2017 planen. Anmeldemöglichkeiten und Informationen zur Fortbildung finden Sie rechtzeitig auf der Internetseite der PTK Bayern unter der Rubrik „Fortbildungskalender“.

Neue Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Luisa Hiller ist ab sofort die neue Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Psychotherapeutenkammer Bayern. Sie hat in München und Augsburg Soziologie sowie Medien und Kommunikation studiert. Erste praktische Erfahrungen sammelte sie bereits während ihres Studiums im Bereich Marketing, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit bei der Brau Holding International und der Münchner Verkehrsgesellschaft. Zuletzt leitete sie den Bereich Kommunikation und Öffentlich-

keitsarbeit der Bayerischen Landesapothekerkammer.

Luisa Hiller übernimmt die Aufgaben des ehemaligen Pressereferenten Johannes Schuster und ist damit neue Ansprechpartnerin für Presse und Öffentlichkeit.

Luisa Hiller



Kurznachrichten

Weitere Aktivitäten der Kammer

Einige der weiteren Veranstaltungen und Aktivitäten, an denen Kammervertreter/innen teilgenommen haben: BPtK-Round-Table-Gespräch zur Reform des SGB VIII am 13.12.2016; Vortrag der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern (LZG) „Chronische Krankheiten durch Gesundheitsförderung und Prävention vermeiden: Erkenntnisse und Empfehlungen“ am 14.12.2016; Sitzung des Ausschusses „Soziale- und Menschenrechtsfragen“ des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverband München (ÄKBV) am 23.01.2017; Diskussionsforum des Bayerischen Kultusministeriums (StMBKWK) zum Thema „Interdisziplinarität in der therapeutischen und schulischen Unterstützung und Förderung von extrem psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen“ am 24.01.2017; Gespräch mit Regierung von Oberbayern, Landesprüfungsamt für Medizin, Pharmazie und Psychotherapie am 02.02.2017; BPtK-Workshop II Vorbereitung der Ausgabe des ePsychotherapeutenausweises im Wirkbetrieb am 07.02.2017; Gemeinsame Sitzung des KJP-Ausschusses der BPtK mit den KJP-Sprecher/innen bzw. Vertreter/innen der KJP-Ausschüsse der Landespsychotherapeutenkammern am 10.02.2017; Gespräch mit dem Präsidium der BLÄK am 13.02.2017; BPtK-

Round-Table-Gespräch „Wie kann die Versorgung psychisch kranker Geflüchteter gelingen?“ am 16.02.2017; Fachtagung der BARMER und Health Care Bayern e. V. „Politik trifft Gesundheit“ am 23.02.2017.

Bevorstehende Veranstaltungen

16. Suchtforum: „Von der Schlafstörung über Schlafmittel zur Sucht?! Erkennen, begleiten – erholsamer Schlaf!“ in Kooperation mit der BAS, BLÄK und BLAK. 1. Termin: **29.03.2017** in München. 2. Termin: vorauss. Dezember 2017 in Nürnberg.

Informationsveranstaltung für neue Mitglieder und Ausbildungsteilnehmer/innen Psychotherapie. Termin: **29.04.2017** in München.

Weitere feststehende Veranstaltungen der PTK Bayern in 2017

Kinder krebskranker Eltern: Eine Kooperationsveranstaltung der PTK Bayern, des Klinikums Großhadern und lebensmut e. V. Termin: **03.05.2017** in München.

Fortbildung für die psychoonkologische Praxis: Eine Kooperationsveranstaltung der PTK Bayern und der KVB. Termin: **08. und 09.09.2017** in München.

Psychotherapie bei körperlichen Erkrankungen III. Altersbedingte Erkrankungen – Demenz und Sexualstörungen: Eine Fortbildungsveranstaltung der PTK Bayern und der KVB. Termin: **21.10.2017** in München.

7. Bayerischer Landespsychotherapeutentag – Die „Embodiment-Perspektive“ in der Psychotherapie: theoretische Hintergründe und praktische Anwendungen. Termin: **11.11.2017** in München.

Nähere Informationen und Programme zu den Veranstaltungen sowie Anmeldeformulare finden Sie stets zeitnah auf unserer Homepage: www.ptk-bayern.de.

Redaktion

Vorstand und Geschäftsstelle der PTK Bayern.

Geschäftsstelle

Birketweg 30, 80639 München
Post: Postfach 151506
80049 München
Tel. 089/51 55 55-0, Fax -25
Mo–Fr 9.00-13.00 Uhr
Di–Do 14.00-15.30 Uhr
info@ptk-bayern.de
www.ptk-bayern.de